

Die Erreichung der CO₂-Ziele im Jahr 2023 ist nicht etwa durch Fortschritte beim und Klimaschutz, sondern durch den Rückgang der Wirtschaft, insbesondere durch mangelnde Produktion der energieintensiven Industrie begründet. Die Emissionen sinken, weil die Wirtschaft schrumpft und Industrie abwandert. Die Union ist der Auffassung, dass Klimaschutz und Wirtschaftswachstum keine Gegensätze darstellen, sondern zwei Seiten einer Medaille bilden: Ohne Wirtschaftswachstum werden wir keine der großen klimapolitischen Herausforderungen finanzieren können. Wir brauchen keine

Schönwetter-Prognosen, sondern solche, auf denen eine verlässliche wirtschaftliche Entwicklung auch für die Erreichung der Klimaziele aufgebaut werden kann.

Hintergrund:

Die Erreichung des Klimaziels im Jahr 2023 liegt nicht etwa an tatsächlichen Fortschritten beim Klimaschutz, sondern am Rückgang der Konjunktur.

Insbesondere die energieintensive Industrie hat deutlich weniger produziert und daher weniger Treibhausgase ausgestoßen. Hinzu kommt, dass die Gaspreise aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung aktuell wieder fallen und Kohle in der Verstromung dadurch stärker durch Gas ersetzt worden ist. Auch gab es relevante Mengen an Stromimporten (u.a. Atomstrom aus Frankreich), die nicht auf die deutschen Emissionen angerechnet werden.

Die mit dem Projektionsbericht des Bundesumweltamts unterstellte mögliche Erreichung des Klimaziels 2030 beinhaltet somit für das Jahr 2023 krisen- und konjunkturbedingte Effekte sowie überaus optimistische Prognosen.

Hinzu kommt, dass die Kürzungen des Klima- und Transformationsfonds (z. B. die Kürzung bei der Heizungsförderung für vermietete Gebäude oder die komplette Streichung des Umweltbonus) noch nicht in den Projektionen erfasst wurden.

Das Umweltbundesamt unterstellt also Maßnahmen, die die Ampel bereits zurückgenommen hat. Dies ist nur ein Beispiel, wie realitätsfern dieser Ausblick des Umweltbundesamtes auf die Erreichung des

Klimaziels 2030 tatsächlich zu bewerten ist.

Der Bundesrechnungshof hat hingegen in seinem Bericht in der vergangenen Woche solche wirklichkeitsfremden Prognosen am Beispiel der Stromversorgung in aller Deutlichkeit kritisch hinterfragt. Er kam zu dem Ergebnis, dass die Politik der Bundesregierung in Punkto Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit als auch Klimafreundlichkeit der Stromversorgung mit erheblichen Risiken verbunden ist.

Die Vorstellung der Projektion des Umweltbundesamtes hingegen blendet die existierenden Risiken aus: u. a. ist keine ausreichende Kraftwerksstrategie vorhanden, der Windkraftausbau liegt erheblich hinter den Zielen, Stromnetze fehlen und die Strompreise sind zu hoch. Als Brückentechnologie hätten die Kernkraftwerke produzieren können bzw. ist die Speicherung aus EE noch nicht weit genug.